

STÄDTE

Im Betonhimmel

Wie können Städte lebenswerter werden? Sieben Beispiele, zur Nachahmung empfohlen

von Christiane Grefe | 17. Oktober 2016 - 12:22 Uhr

© Ulet Ifansasti/Getty Images

In Jakarta, Indonesien, ist Müll ein Geschäft, in dem schon die Kinder mitarbeiten, wie dieses elfjährige Mädchen. In Brasilien unterstützen manche Städte solche Müllsammler, um ihre Situation zu verbessern.

Die Menschheit zieht um. Dörfer entvölkern sich, Städte platzen aus allen Nähten. Schon heute leben 54 Prozent der Weltbevölkerung in Städten – im Jahr 2050 sollen es gar zwei Drittel sein. Mit dieser Wanderbewegung hängen viele Krisen wie Klimawandel und Ressourcenknappheit zusammen. Kurzum: Die Zukunft der Menschheit wird in der Stadt entschieden.

Nun setzen die Vereinten Nationen das Thema auf die Tagesordnung. Kommende Woche treffen sich Tausende Diplomaten, Bürgermeister und Stadtplaner zum Weltsiedlungsgipfel Habitat III in Quito – 20 Jahre nach dem Vorgängertreffen Habitat II. Bei so einem Konferenzturm ist der politische Nachholbedarf natürlich enorm.

In der Hauptstadt Ecuadors wollen die Regierungen eine "Neue Agenda für Städte" verabschieden. Dort drängen außerdem Städtenetzwerke darauf, in den UN-Prozessen zu Klimaschutz oder Nachhaltigkeitszielen endlich eine eigene Stimme zu bekommen. Denn ihre Probleme sind groß.

Vor allem in Asien und Afrika versprechen sich viele Landbewohner vom Stadtleben mehr Freiheit, höheren Wohlstand und bessere Gesundheit. Doch für mehr als eine Milliarde Menschen von Mumbai bis Lagos, von La Paz bis Baltimore endet die Hoffnung in den Hütten der Elendsviertel. Bis 2050 könnte sich die Zahl der Slumbewohner sogar verdoppeln. Denn es wird immer mehr Megacities geben, chaotische Ballungsräume, in denen sich mehr als 10 Millionen Einwohner drängen.

Heute sind Städte für drei Viertel der CO₂-Emissionen verantwortlich. Allein die Baustoffe, die notwendig wären, um jede Familie und jedes Büro nach westlichen Ansprüchen zu beherbergen, würden künftig das gesamte CO₂-Budget der Menschheit fordern. Dann wäre noch niemand zur Arbeit gefahren, kein Zimmer geheizt, kein Computer angeschaltet.

Die aktuelle ZEIT können Sie am Kiosk oder hier erwerben.

Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 43 vom 13.10.2016.

Doch gleichzeitig sind Städte auch Orte voll kreativer Energie. Während nationale Regierungen oft zögern, treibt der Problemdruck die Politiker am Ort zu mutigen Lösungen. So will etwa Santiago de Chile bis Ende 2017 das U-Bahn-System für 2,5

Millionen Menschen auf Wind- und Solarstrom umstellen. Kapstadt hat sich radikale Ziele zur Erhaltung der Wasserressourcen gesetzt. Toronto knüpft mit einem Ernährungsrat neue Beziehungen zu den umliegenden Bauern.

Neue Technologien wie wiederverwertbare Leichtbaustoffe und energieeffiziente Heizungen, Elektroautos oder smarte öffentliche Verkehrssysteme werden eine größere Rolle spielen. Wichtig – und oft vernachlässigt – sind zudem Hilfen für die Armen, transparente Verwaltungen, das Engagement für die kulturelle Eigenart.

Im Folgenden zeigen wir an sieben Beispielen den Ideenreichtum der Städte. Sie beweisen, wie kluge Projekte häufig gleich mehrere Probleme auf einmal lösen.

New York: Austern fördern

In New York gehören Austern zur Esskultur. Eine halbe Million der edlen Muscheln schlürfen die Bewohner hier jede Woche weg. Was übrig bleibt, gilt als Müll. Da setzt die Öko- und Bildungsinitiative Milliarden-Austern-Projekt an. Sie holt neuerdings von 50 Restaurants die scharfkantigen Schalen ab, reinigt sie und setzt sie im Mündungsgebiet des Hudson River aus. An jeder Schale können bis zu 20 neue Austern andocken.

Das freut nicht nur Gourmets, sondern auch Umweltschützer. Denn Austern ernähren sich, indem sie Wasser filtern. Die Organismen sollen die Wasserqualität verbessern, den Artenreichtum erhöhen und bei Sturm die Wucht heranrollender Wellen mindern, indem sie natürliche Riffs aus Austernbänken bilden. Dabei waren die Muscheln im New Yorker Hafen wegen Industrieschadstoffen über Jahrzehnte weitgehend ausgestorben. Seit Umweltgesetze Wirkung zeigen, erholt sich der Bestand wieder.

Delhi: Wasser für alle

Das Wort "Politiker" habe in Indien keinen guten Klang, sagt Roshan Shankar. Und doch macht der 26-Jährige jetzt Politik, um die ebenfalls noch junge Aam Aadmi Party (AAP), die "Partei des einfachen Mannes", nach ihrem Erdrutschsieg 2015 in Indiens Hauptstadt Neu-Delhi zu unterstützen. Dafür kehrte er aus seinem kalifornischen Studienort Stanford zurück in die 16-Millionen-Metropole*, die "unter ihrem eigenen Gewicht zu zerfallen droht", wie Shankar sagt.

**Anm. d. Red.: Zuvor hieß es "16-Milliarden-Metropole". Diesen Fehler haben wir korrigiert.*

Ein wichtiges Projekt, bei dem er mitwirkt, ist die sichere Versorgung mit Trinkwasser. Gerade die Ärmsten bezahlen dafür oft ein Mehrfaches dessen, was Mittelschicht und Reiche aufbringen müssen. Wasserhändler nutzen den Mangel mit Wucherpreisen aus. Viele Menschen zapfen daher illegal die Rohre an. Und die 2.400 Kilometer zuletzt

verlegter Leitungen erreichen die Armenviertel kaum. Shankar glaubt wie viele, dass das an engen Beziehungen der Wassermafia zu den Behörden liegt.

Gegen diese Art von Korruption will die AAP vorgehen. "Die Gesetze in Indien sind gut. Aber sie werden zu wenig umgesetzt", sagt Roshan Shankar.

Das ändert sich jetzt. Die neue Verwaltung setzte Beamte und Baufirmen unter Druck und sorgte dafür, dass in knapp eineinhalb Jahren 215 Bezirke an die Wasserversorgung angeschlossen wurden – gezielt jene, in denen die Bedürftigsten wohnen.

Noch ist ungewiss, ob die AAP das fortsetzen und wie versprochen auch Schulen und Bussysteme verbessern, den Fluss Jamuna und die Luft sauber kriegen kann. Aber Roshan Shankar ist überzeugt: Nur wenn alle Bürger, auch die Armen, für ihre Steuergelder transparent und verlässlich versorgt werden, übernehmen sie auch selbst Verantwortung in ihrer Stadt.

Dortmund: Zukunft basteln

Städte werden lebendiger, wenn sich Konsum und Produktion, Arbeit und Leben wieder mischen. In so einer Stadt könnten Bürger einen Teil der Dinge, die sie brauchen, künftig selber herstellen. Denn die digitalen Maschinen von morgen – Lasercutter, 3-D-Drucker, CNC-Fräsen – passen in jedes Hinterhaus. In die "Dezentrale" im Dortmunder Unionsviertel zum Beispiel. Dort wird diese Zukunft schon erprobt. Tüftler aus dem Quartier haben gerade ein Lastenfahrrad zu einem solar betriebenen Elektrotransporter umgebaut.

Maker, so nennt sich die neue, Hightech-gestützte Do-it-yourself-Bewegung. In Dortmund werden ihre Experimente vom Fraunhofer Institut für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik (Umsicht) unterstützt. Die Forscher wollen mit interessierten Laien nicht nur nach Energiesparkonzepten für den Transport suchen, sondern auch für einzelne Haushalte. Im e:Lab könnte man Windturbinen fürs Mikrokraftwerk auf dem Balkon ausdrucken, erzählt Jürgen Bertling von Umsicht. Oder eine sensible Infrarotheizung entwickeln, die spürt, in welchem Raum sich die Bewohner gerade aufhalten und die nur dort Wärme spendet.

Auch ein Senior Design Lab ist geplant. Ältere Menschen werden technische Helfer basteln, die ihnen trotz Rheuma oder Rückenschmerz den Alltag zu Hause erleichtern. Mit solchen Innovationen könnten Projekte wie die Dezentrale zum Entstehen einer umweltverträglichen regionalen Wirtschaft beitragen, meint der Umsicht-Forscher Bertling. Aber nicht nur das: Gemeinsam zu reparieren, erfinden und produzieren stifte, "anders als die globalisierte Industrieproduktion", sozialen Zusammenhalt im Stadtviertel.

Jinja: Selbst entscheiden

Jinja ist ein Industriezentrum am afrikanischen Victoriasee, das in den letzten Jahrzehnten einen enormen Niedergang erlebt hat. Heute ist die Arbeitslosigkeit groß unter den 130.000 Einwohnern. Trotzdem wächst Ugandas zweitgrößte Stadt jedes Jahr weiter.

Kommunen, die so groß wie Jinja oder kleiner sind, haben es besonders schwer, die neuen Bewohner zu versorgen. Oft werden sie von den nationalen Regierungen vernachlässigt oder können bei deren Plänen wenig mitreden. Auch in Uganda sind Zuschüsse aus der Hauptstadt meist an bestimmte Zwecke gebunden. Einer heißt aber seit einigen Jahren Dezentralisierung: Ein Teil der Entscheidungen soll von oben nach unten verlagert werden.

Dabei seien "ansehnliche Fortschritte erzielt worden", sagt Samuel Mabala von der Cities Alliance. Diese globale Organisation zur Bekämpfung der Armut wirkt auch in Jinja an der Koordination sogenannter Stadtentwicklungsforen mit. Politik, Industrie, Kultur und soziale Gruppen: Alle planen in diesen Gremien gemeinsam, erzählt Mabala. Und in Jinja sei schon zum zweiten Mal ein Slumbewohner Präsident.

Die Armenviertel der Stadt bekamen mehr Freiräume. Sparvereine und Projektkomitees beschließen, wo Geld ausgegeben wird. Teils mit nationalen Zuschüssen haben sie in Jinja dafür gesorgt, dass der Markt nicht mehr dauernd unter Wasser steht und eine heruntergekommene Geburtsstation renoviert wurde. Es gibt einen neuen Wassertank, einen Warteraum im Gesundheitszentrum, mehr Stromanschlüsse und eine Straßenbeleuchtung, die nachts größere Sicherheit bringt.

"Jetzt empfinden die Bewohner öffentliche Vorhaben eher als ihre eigenen", meint Samuel Mabala. "Das ist etwas anderes, als wenn der Minister ein Band durchschneidet und wieder fährt."

Belo Horizonte: Müll als Chance

Wer in armen Ländern vom Land in die Stadt flüchtet, hat oft keine Wahl. Manche versuchen dann, vom Müll der anderen zu leben. In [Belo Horizonte](#) bringt man solchen Menschen mehr Respekt entgegen als anderswo. Schon seit den Neunzigern baut die brasilianische Millionenstadt ein ausgefeiltes System der Abfall-Wiederverwertung auf. Im Zuge dessen bot Sonia Dias, die jahrelang in der Verwaltung arbeitete, den informellen Sammlern Abnahme-Verträge an. Auf städtischen Recyclinghöfen bekommen sie kleine Gewerbeflächen zugewiesen, erzählt die Soziologin. Dort trennen und zerkleinern sie Papier, Kartons, Alufolien, Flaschen, Plastik, Elektronikmüll für lokale und globale Recyclingmärkte.

Die Integration der *catadores* mache es leichter, sie zu beraten, wie sie bei ihrer Arbeit Umweltschäden vermeiden und ihre Gesundheit schützen, sagt Sonia Dias. Auch in anderen Städten Brasiliens bekämen sie Unterstützung, wenn sie Genossenschaften gründen und einen ersten Schritt in die formale Wirtschaft gehen wollten.

Die Handarbeit ist hart und wirkt überholt – aber oft gibt es schlicht keine Alternative. Sonia Dias lehrt heute an der John F. Kennedy School of Government der Harvard University und berät von dort aus Städte in Asien und Afrika, wie sie die Ärmsten der Armen in eine moderne Recyclingwirtschaft einbeziehen können – und ihnen zugleich ihre Würde zurückgeben.

Hiddenhausen: Jung kauft Alt

Als Verwaltung und Rat der westfälischen Kleinstadt Hiddenhausen vor ein paar Jahren Prognosen zur demografischen Entwicklung ihrer Gemeinde in die Hand bekamen, da erkannten sie: Entweder wir tun jetzt was – oder demnächst steht hier jedes zehnte Haus leer.

In vielen Industrienationen lässt nicht nur die Attraktivität der Städte die ländlichen Regionen verarmen, sondern auch der demografische Trend: Junge Paare ziehen weg, weniger Kinder werden geboren, die Einwohner werden immer älter. Das führt in einen Teufelskreis: Wo nur noch wenige Rentner leben, lohnt sich kein Supermarkt mehr, kein Restaurant, kein Kindergarten, keine Schule. Die Folge: Noch mehr Leute wandern ab.

Aber Hiddenhausen will keine Geisterstadt werden. Also tun die Stadtpolitiker etwas – und verbinden Klima- und Bevölkerungspolitik. Statt junge Familien mit Bauland zu locken und Böden zu versiegeln, schießen sie ihnen, verteilt auf sechs Jahre, 9.000 Euro zu, damit sie in verwaiste alte Häuser ziehen. Plus weitere 1.500 Euro für ein Gutachten über deren Zustand. 424 Familien haben das Angebot "Jung kauft Alt" bereits angenommen, 60 Prozent dieser Bürger kommen von außen. Die Gemeinde sparte trotz des Zuwachses Flächen so groß wie 30 Fußballfelder ein. Und auf den Straßen spielen wieder Kinder.

Danang: Schneller planen

Auf Danang, die drittgrößte Stadt Vietnams, kommt einiges zu. Aus einer Million Einwohner sollen in 15 Jahren 2,5 Millionen werden. Deswegen reist Harry Storch, Umweltplaner der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg*, regelmäßig nach Asien. Gemeinsam mit Stadtverwaltung und Universitätskollegen will er dort eine neue Methode entwickeln, wie der Infrastrukturbedarf schneller vorhergesagt werden kann. Seine Arbeit ist Teil des weltumspannenden Projektes Rapid Planning, das unter anderem vom Bundesforschungsministerium und dem Siedlungsprogramm UN-Habitat gefördert wird.

Die Behördenmitarbeiter in Danang seien gut ausgebildet, sagt Storch, aber es fehlten Informationen. Reiche werfen zum Beispiel mehr weg, in ihre Viertel müsste die Stadt mehr Müllwagen schicken als in ein normales Innenstadtviertel. Wo werden neue Straßen gebraucht, wo Stromleitungen? Was geht einfach nicht, welche Alternativen gibt es? Wie lassen sich Ver- und Entsorgung effizienter miteinander verbinden? Und wer zahlt?

Für Rapid Planning wollen die Wissenschaftler Daten zusammenführen, Ämter miteinander ins Gespräch bringen und Anwohner befragen. Außer in Danang geschieht das auch in der Hauptstadt Ruandas, Kigali, und im ägyptischen Assiut. Frankfurt kooperiert, eine Vielzahl weiterer Städte diskutiert mit. Sie alle hoffen auf bessere Startbedingungen beim Hase-und-Igel-Spiel zwischen Plan und Wirklichkeit.

Diesen Artikel finden Sie als Audiodatei im Premiumbereich unter www.zeit.de/audio

**Anm. d. Red.: Urprünglich hieß es, Herr Storch arbeite an der TH Brandenburg. Dies ist nun korrigiert.*

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2016/43/staedte-lebensqualitaet-menschheit-megacitys-weltsiedlungsgipfel>